

DIE KOMMUNALE

Das Magazin für Kommunalpolitik



Weichen Stellen für die Zukunft unserer Kommunen

Seite 3

**Mut zur
Veränderung**

Seite 8

**Durchbruch für
Wohnungsmarkt und
Stadtentwicklung**

Seite 16

**Transformation der Mobilität
im ländlichen Raum**



LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

wahrscheinlich geht es vielen so wie mir in diesen Tagen. Wir reiben uns mit dem Blick auf den Kalender und das nahende Jahresende verwundert die Augen und fragen uns: Wo ist die Zeit geblieben?

In meiner aktiven politischen Karriere kann ich mich nicht an eine Zeit erinnern, die derart herausfordernd gewesen ist wie das zurückliegende Jahr 2022. Die Folgen der Corona-Pandemie beschäftigen uns nach wie vor. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat uns schmerzhaft vor Augen geführt, wie weitreichend ein solches Ereignis ist und wie auch unsere Gesellschaft hiervon unmittelbar betroffen wird, sei es durch die vor dem Krieg flüchtenden Menschen oder die Auswirkungen auf unsere Energieversorgung.

Daneben warten noch eine Reihe weiterer Aufgaben darauf, dass sie gelöst werden. Und es wird niemanden verwundern, dass auch hier viel zu häufig die kommunale Ebene für Ausfall oder Schlechtleistung übergeordneter politischer Ebenen bürgt. Ganz egal, ob es sich hierbei um prekäre Kommunalfinanzen handelt, fehlende Plätze in Kindertagesstätten, den demografischen Wandel oder den Arbeitskräftemangel in unseren kommunalen Verwaltungen – es sind letztlich wir, die dafür sorgen, dass vor Ort nicht „das Licht ausgeht“. Die SGK wird darauf noch deutlicher aufmerksam machen müssen.

Zum Ende dieses turbulenten Jahres möchte ich allen Leserinnen und Lesern, der gesamten kommunalen Familie in Nordrhein-Westfalen, unseren Unterstützerinnen und Unterstützern sowie allen an der Kommunalpolitik Interessierten jetzt erst einmal ruhige, entspannte und besinnliche Weihnachtstage wünschen. Das ist auch eine gute Gelegenheit, um innezuhalten und das Gewesene noch einmal Revue passieren zu lassen. Und gleichzeitig sollten wir den zuversichtlichen Blick auf das Richtige, was uns im neuen Jahr erwarten wird. Ihnen und euch allen wünsche ich einen guten und friedlichen Start in das Jahr 2023!

Euer Frank Meyer
Landesvorsitzender der SGK NRW



DIE KOMMUNALE

INHALT

POLITIK FÜR KOMMUNEN

3 **Mut zur Veränderung!**

VERSORGUNGSSICHERHEIT

6 **Ukraine-Krieg: Folgen für Stadtwerke** Zeitenwende mit akuten Auswirkungen auf Stadtwerke und ihre kommunalen Eigentümer

STADTENTWICKLUNG

8 **Durchbruch für Wohnungsmarkt und Stadtentwicklung in Gelsenkirchen** Umfassende Stadtumbaustategie soll in 10 Jahren 3.000 leerstehende Wohneinheiten vom Markt nehmen

SGK-FACHKONGRESS

10 **Heimat gestalten** Der SGK-Fachkongress

SGK-JUBILÄUMSGALA

11 **50 Jahre SGK NRW** Und das war ein Grund zu feiern!

KLIMASCHUTZ

12 **Schools4Future belegt: Mitmischen is possible** Schülerinnen und Schüler machen der Kommunalpolitik Beine

14 **Klimaschutz mit der Stadtgesellschaft** Klimabeirat der Stadt Dortmund

MOBILITÄTSWENDE

16 **Transformation der Mobilität im ländlichen Raum**

BUCHTIPPS

18 **Kurz vorgestellt** Lesestoff für die kommunalpolitische Arbeit

SGK-RECHT

19 **Fraktionen sind zwingend zu finanzieren** Fraktionsmittel können auf das Folgejahr übertragen werden

MUT ZUR VERÄNDERUNG!



Gerade in diesen Zeiten geht es darum, Veränderung zu gestalten. Das ist die Grundlage dafür, dass unsere Gesellschaft und damit die Demokratie vor Ort lebendig und solidarisch ist. Die Rahmenbedingungen hierfür sind derzeit ernüchternd. Es finden derart viele Umwälzungs- und Veränderungsprozesse statt, dass es schwer fällt, diese vollständig aufzuzählen. Es geht dabei keineswegs nur um die weltweite Pandemie oder die schlimmen Kriegsereignisse in der Ukraine. Nein, viele der Themen, die uns tagtäglich umtreiben, passieren vor unserer Haustür, in unseren Rat- und Kreishäusern oder in der Stadtgesellschaft.

KOMMUNALE VERWALTUNG ARBEITSFÄHIG HALTEN

Der Reihe nach: Wir erleben aktuell, welche weitreichenden Auswirkungen der demografische Wandel auf unsere kommunalen Verwaltungen hat. Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der so genannten Baby-Boomer-Generation verabschieden sich in den Ruhestand – in einer Zeit, in der die Belegschaften in kommunalen Verwaltungen allesamt am Rande der Belastungsgrenze arbeiten. Die Suche nach neuem Personal gestaltet sich mehr als schwierig – die Gewerkschaften sprechen mittlerweile von 350.000 unbesetzten Stellen. Zahllose Stellenausschreibungen bleiben erfolglos, weil sich viel zu selten auf Anrieb qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber finden lassen.

Das bedeutet jedoch, dass die in Räten und Kreistagen beschlossenen Stellenpläne eine rein theoretische Größe sind, wenn die Stellen nicht oder nur unzureichend besetzt werden können. Das mag

vielleicht manchen Finanzverantwortlichen in den Kämmerereien freuen, allerdings muss die Frage beantwortet werden: Kann eigentlich die öffentliche Hand, können die Kommunen ihre Kernaufgaben – insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge – überhaupt noch erfüllen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich eine ganze Reihe von Fragen: Wer gestaltet unter diesen Bedingungen die Zukunft in unseren Städten, Landkreisen und Gemeinden? Wer legt die Grundlagen für eine energetische und klimagerechte Transformation der Kommunen? Wer sind die Ansprechpartner, die den Menschen während einer Pandemie oder einer kriegsbedingten Versorgungskrise mit Rat und Tat zur Seite stehen? Woher bekommen wir die Kolleginnen und Kollegen, die in den Jugendämtern die stetig anwachsenden Aufgaben erledigen? Diese Liste offener Fragestellungen könnte noch beliebig lang erweitert werden.

Wenn in Bauämtern Stellen nicht besetzt werden können und dadurch der Bau von Schulen oder Kindergärten dramatisch verzögert wird, dann ist das fatal für die be-



**Maik
Luhmann**

Landesgeschäftsführer
der SGK NRW

troffenen Menschen. Viel dramatischer ist jedoch der Umstand: Wenn öffentliche Verwaltung, wenn der direkte Kontakt der Menschen zu Staatlichkeit derart ernüchternd ausfällt und noch dazu die Mitarbeitenden in den Verwaltungen permanent unter Druck stehen und so in den meisten Fällen mit Sicherheit nicht motivierter an ihre Aufgaben herangehen, dann wird das zu einer Gefahr für die Demokratie! Und das ist letztlich der Punkt, warum wir jetzt dringend umsteuern müssen!

Doch wie soll das aussehen? Eine immer größer werdende Zahl von Städten, Gemeinden oder Kreisen versucht sich mit Initiativen, beispielsweise zur Etablierung einer Arbeitgebermarke oder Urlaubsreisen für neu Einstellende, nicht nur kurzfristig zu behelfen, sondern langfristig umzusteuern. Das ist begrüßenswert, wird aber nicht reichen.

DIGITALISIERUNG IM SCHNECKENTEMPO

Vielleicht könnte es helfen, dass kommunale Verwaltungen schneller und umfassender digitalisiert werden. Die Realität sieht aber leider anders aus. Für Nordrhein-Westfalen existiert kein übergreifender Plan, wie die Digitalisierung der Kommunen bzw. der Landesverwaltung realisiert werden soll. Einige Kommunen kommen sicherlich gut voran. Aber auch hier fehlt die Vorstellung, wie diese Erfolge auf alle übertragen werden können.

„Für Nordrhein-Westfalen existiert kein übergreifender Plan, wie die Digitalisierung der Kommunen bzw. der Landesverwaltung realisiert werden soll.“

Für das bundesweite Onlinezugangsgesetz (OZG) – so viel steht jetzt schon fest – fällt die Bilanz fatal aus. Es gibt zwar gute Ansätze, wie z.B. die Digitalisierung des Bauantrags. Aber: Die Entlastung der Baubehörden und weniger bürokratische Hürden werden sich gerade nicht realisieren, weil die komplexen Verfahren unangetastet bleiben.

KOMMUNALFINANZEN AUF GESUNDE FÜSSE STELLEN

Die strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene begleitet uns mittlerweile seit Jahrzehnten. Das Muster ist häufig gleich: Die Aufgaben werden mehr, eine entsprechende Finanzierung bleibt aus. Zwar hat es immer wieder – durchaus erfolgreiche – Versuche gegeben, diesen Entwicklungen effektiv etwas entgegen zu setzen. Beispiel: Am Stärkungspakt Stadtfinanzen, den die damalige SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft übrigens gemeinsam mit der kommunalen Familie auf den Weg gebracht hat, haben seit 2012 in NRW 61 Kommunen teilgenommen und die gesteckten Ziele erreicht oder übertroffen.

Der Stärkungspakt Stadtfinanzen ist am 1. Januar 2022 ausgelaufen und eine Nachfolgeregelung ist (leider) nicht in Sicht. Die wäre allerdings bitter nötig. Denn: Es bleiben erhebliche fiskalische Unterschiede zwischen den Kommunen bestehen. Das betrifft die Steuerkraft ebenso wie die Fähigkeit, aus eigener Kraft in die Zu-

kunft der eigenen Kommune zu investieren. Da helfen auch keine Förderprogramme und schon gar keine Mini-Schecks, die die Kommunalministerin verteilt.

Ganz im Gegenteil: Die Städte, Gemeinden und Kreise benötigen anstelle einer unüberschaubaren Anzahl unterschiedlicher Förderprogramme endlich eine angemessene Finanzausstattung – ganz abgesehen davon, dass der bürokratische Aufwand dazu führt, dass sich im Grunde nur noch reiche Kommunen Förderprogramme leisten können. Und spätestens hier merken wir: Das kann nicht mehr funktionieren.

Als ob das noch nicht reicht, verordnet die schwarz-grüne Landesregierung die „Isolierung“ aller Corona- und Kriegsfolgen und produziert damit genau das, was sie an anderer Stelle nicht löst, die Altschulden von morgen. Kurz gesagt, statt Geld aus dem Landeshaushalt für diese Schäden zur Verfügung zu stellen, werden sie mithilfe von Haushaltstricksereien künftigen Generationen aufgebürdet.



KOMMUNALE ZUKUNFT BRAUCHT VIEL ENGAGEMENT

Zugegebenermaßen verbreiten die dargestellten Tatbestände nicht gerade Optimismus in der kommunalen Familie. Aber es zeigt eines ganz deutlich: Wir müssen jetzt handeln und Dinge verändern! Und mit „wir“ sind wirklich wir alle gemeint, die Politik auf allen staatlichen Ebenen, die Kommunalos der SGK dort, wo sie Verantwortung tragen, aber auch die Kommunalpolitikerinnen und -politiker, die nicht der SPD angehören, auch Wissenschaft und Forschung und nicht zuletzt Gewerkschaften und Arbeitgeber.

Lasst uns gemeinsam den Mut haben und das Jahr 2023 dafür nutzen, um die Dinge in Bewegung zu bringen, kreative Lösungen zu schaffen und vor allem unsere Kommunen endlich wieder handlungsfähig zu machen!



STELLENAUSSCHREIBUNG

Die SGK NRW sucht zur Verstärkung des Teams in der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Referenten (m/w/d)

in Vollzeit.

WER WIR SIND:

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW ist der Zusammenschluss von rund 8.500 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in NRW. Mitglieder der SGK NRW sind rund 580 Fraktionen in Räten, Kreistagen, Bezirksvertretungen, Landschaftsversammlungen sowie Regionalräten. Neben vielen ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Vertretungen gehören (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister, Landräte sowie weitere Personen, die in der öffentlichen Verwaltung ein Amt mit kommunalpolitischem Bezug haben, der SGK NRW an.

WIR SUCHEN:

Wir suchen einen belastbaren und flexiblen Referenten (m/w/d) mit hoher Leistungsbereitschaft und starker Teamorientierung, der die Arbeit der Landesgeschäftsstelle unterstützt.

Zu den Aufgaben innerhalb der Landesgeschäftsstelle gehören die juristische und fachliche Beratung der Mitglieder, insbesondere der SPD-Fraktionen in den kommunalen Vertretungen, die Begleitung der Gremienarbeit der SGK NRW, die Mitarbeit bei Bildungsveranstaltungen, in der Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen sowie die inhaltliche Betreuung verschiedener Fachbereiche. Wir erwarten Kommunikationsstärke und Überzeugungskraft.

Voraussetzung für die Einstellung sind zwei juristische Staatsexamen sowie Kenntnisse bzw. Erfahrung im Bereich der Kommunalpolitik oder der Kommunalverwaltung.

WIR BIETEN IHNEN:

Eine verantwortungsvolle, interessante und vielseitige Tätigkeit mit einem jungen Team in einem abwechslungsreichen Aufgabengebiet, einer offenen Arbeitsatmosphäre sowie Leistungen und Angebote für Mitarbeitende.

Die Vergütung orientiert sich an tariflichen Regelungen der Entgeltgruppen 13/14. Die Eingruppierung erfolgt je nach Befähigung und Vorerfahrung. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt in Anlehnung an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst 39 Stunden. Bei gleicher Eignung und Befähigung werden schwerbehinderte Bewerber/innen bevorzugt berücksichtigt.

SGK NRW

Elisabethstr. 16
40217 Düsseldorf
Tel.: 0211-8767470



www.sgk.nrw



UKRAINE-KRIEG: FOLGEN FÜR STADTWERKE

ZEITENWENDE MIT AKUTEN AUSWIRKUNGEN AUF STADTWERKE UND IHRE KOMMUNALEN EIGENTÜMER



Guntram Pehlke

Vorsitzender der VKU-Landesgruppe NRW, Vizepräsident des VKU und Vorsitzender des Vorstands der DSW21 Dortmunder Stadtwerke AG

Der russische Überfall auf die Ukraine hat weitreichende Folgen für NRW, Deutschland und Europa.

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz benannte Zeitenwende, die Russlands Aggression markiert, bedeutet: Wir erleben Krieg in Europa, einen militärischen Krieg in der Ukraine, und einen Wirtschaftskrieg in Europa. In diesem Krieg wird Energie als Waffe eingesetzt. Dadurch wurde auch eine Zeitenwende für die deutsche Energiewirtschaft eingeleitet.

Diese beinhaltet verschiedene Dimensionen. Die lange als selbstverständlich betrachtete Versorgungssicherheit hat nun oberste Priorität. Für die Kommunalwirtschaft war es immer der Anspruch, Versorgungssicherheit zu gewährleisten und Deutschland am Laufen zu halten. Dies gelingt ihr aktuell auch weiterhin: die Gas- und Stromversorgung ist momentan gesichert, die Gasspeicher sind besser gefüllt, als zu erwarten war. Ob dies den gesamten Winter so bleibt, hängt von der Witterung, aber auch von der Ausweitung des Energieangebots und Reduzierung des Energieverbrauchs

ab. Die Versorgungssicherheit bleibt weiter unter Druck. Richtig sind daher alle Bemühungen von Bund und Land, den Energiebezug zu diversifizieren, Kohlekraftwerke zu reaktivieren, die Kernenergie zu verlängern und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen.

Neben der Versorgungssicherheit ist aber auch die Bezahlbarkeit von Energie zunehmend in den Mittelpunkt gerückt. Bereits vor dem Ukraine-Krieg gab es Preissteigerungen bei fossilen Brennstoffen, die sich auf die Endkundenpreise von Strom und Wärme auswirken. Der Krieg hat zu weiteren, nie gekannten Preissteigerungen

Fotos: SGK NRW | DSW21



vor allem bei Gas geführt. Die Stadtwerke können sich trotz ihrer preisdämpfenden langfristigen Beschaffungsstrategien diesem Marktgeschehen nicht entziehen. Sie müssen Preissteigerungen weitergeben. Umso wichtiger ist, dass die Bundes- und NRW-Landesregierung Entlastungsschritte für Haushalte und für die Wirtschaft auf den Weg gebracht haben. Mit der Dezember-Soforthilfe, der Gas- und Strompreisbremse und weiteren Maßnahmen ist eine Milderung der Belastungen in Sicht. Die Stadtwerke haben ein eigenes Interesse, dass diese Entlastungen wirken, um steigende Zahlungsausfälle zu verhindern.

„Seit Generationen ist die durch kommunale Unternehmen geleistete Daseinsvorsorge einer der härtesten Standortfaktoren, auf den die Wirtschaft bauen kann.“

Foto: Jason Richard - Unsplash

Die Zeitenwende ist aber auch mit weiteren, unmittelbaren Auswirkungen auf Stadtwerke und ihre kommunalen Eigentümer ver-

bunden. Akute Probleme für die Stadtwerke sind nach wie vor der steigende Liquiditätsbedarf und die höheren Anforderungen an Sicherheitsleistungen. Besonders drängend: Der außerbörsliche OTC-Handel (Großhandel), wichtigster Handelsplatz der kommunalen Energiewirtschaft, droht auszutrocknen. Hier gibt es im Gegensatz zur Börse bislang keine staatlichen Hilfen.

Seit Generationen ist die durch kommunale Unternehmen geleistete Daseinsvorsorge einer der härtesten Standortfaktoren, auf den die Wirtschaft bauen kann. Und zugleich ist sie – ob direkt via Querverbund oder indirekt via kommunalem Haushalt – Garant für Lebensqualität und Zusammenhalt: mit Kitas, Schulen, Hallen- und Freibädern und dem ÖPNV. Dieses System ist nun unter Druck. Bei begrenzter Liquidität und fehlenden Angeboten müssen Stadtwerke Prioritäten setzen, konzentrieren sich auf ihr Kerngeschäft. Gesetzliche Versorgungspflichten werden eingehalten und haben insofern Vorrang.

Daher ist es gut und richtig, dass die NRW-Landesregierung einen Schutzschirm für Stadtwerke aufgespannt und hierzu 5 Milliarden Euro Liquiditätshilfen über die NRW.BANK bereitgestellt hat. Damit hat die Landesregierung zudem ein wichtiges Signal an die Finanzmärkte gegeben. Der Bund sollte diesem Vorbild folgen und um einen Bürgerschaftsrahmen für die gestiegenen Sicherheitsleistungen ergänzen.

Andernfalls wäre der kommunale Beitrag zur Energiewende in den nächsten Jahren massiv gefährdet. Denn wenn Kommunen als Eigentümer stützend mit Kapital eingreifen müssen, während sicher geglaubte Erträge ausbleiben, werden Investitionen in regenerative Energien nicht so einfach umzusetzen sein. In jedem Fall aber nähme ihr Verschuldungsgrad und der ihrer Unternehmen zu, was wiederum die Finanzierung zahlreicher Investitionen in die Netze und den Umbau der Energieerzeugung in Frage stellen würde. Die Energiewende geriete damit gehörig ins Stocken.

Denn vor Ort muss ein entscheidender Beitrag zur Transformation unseres Energiesystems Richtung Klimaneutralität geleistet werden. Hierfür brauchen wir starke Kommunen, die in lokalen Wärmeplanungen den Weg für ihre Versorgungsgebiete aufzeigen. Die örtlichen Versorger müssen den Fern- und Nahwärmeausbau, die Nutzung von Geothermie und Wärmepumpen und je nach örtlichen Verhältnissen eine Versorgung mit grünen Gasen organisieren können. Damit verbinden sich gewaltige Investitionen in die Energienetze. Insofern zeigt die Krise die doppelte Systemrelevanz von Kommunen und ihren Energieunternehmen: zum einen, um die Umsetzung der Energiewende im Interesse des Klimaschutzes zu beschleunigen und zum anderen, um gerade damit die Energiesouveränität und Versorgungssicherheit Deutschlands zu erhöhen.



DURCHBRUCH FÜR WOHNUNGSMARKT UND STADTENTWICKLUNG IN GELSENKIRCHEN

UMFASSENDE STADTUMBAUSTRATEGIE SOLL IN 10 JAHREN 3.000 LEERSTEHENDE WOHN EINHEITEN VOM MARKT NEHMEN



Karin Welge

Oberbürgermeisterin
der Stadt
Gelsenkirchen



Der 17. November 2022 war ein sehr guter Tag für Gelsenkirchen. Wenn die Landesbauministerin Ina Scharrenbach und die Bundesbauministerin Klara Geywitz gleichzeitig in der Stadt sind, dann macht das klar, dass etwas nicht Alltägliches geschieht. Tatsächlich war es auch ein Tag, auf den ich mich persönlich sehr gefreut habe, denn nach vielen Hintergrundgesprächen auf Landes- und auf Bundesebene und intensiver Vorarbeit der Stadt- und Ministerialverwaltung ist es gelungen, etwas stadtentwicklungspolitisch Einmaliges auf den Weg zu bringen: eine echte Zukunftspartnerschaft.

In enger Abstimmung mit Land und Bund hat die Stadt Gelsenkirchen eine umfangreiche Stadtumbaustategie erarbeitet, die zum Ziel hat, in den kommenden zehn Jahren rund 3000 leerstehende, nicht marktgängige Wohneinheiten, darunter rund 500 „Problemimmobilien“ im engeren Sinne, vom Markt zu nehmen, sie aufzukaufen, rückzubauen oder zu sanieren, Quartiere auf diese Weise neu zu gestalten und mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität zu schaffen. Die Leerstandsquote soll damit von jetzt 6,5 auf unter 5 Prozent gesenkt werden. Das Investitionsvolumen des Gesamtpro-

jekts wird sich in einem hohen zweistelligen Millionenbereich bewegen.

DEKADE DES STADTUMBAUS

Für diese große Unterstützung bin ich wirklich ausgesprochen dankbar. Damit können wir nun das realisieren, was wir 2021 vorgestellt und intensiv mit Land und Bund besprochen haben. Gemeinsam wollen wir aus den kommenden zehn Jahren eine Dekade des Stadtumbaus machen. Das Land Nordrhein-Westfalen und der Bund ermöglichen es uns, diese Strategie des Rück- und Umbaus umzusetzen. Für uns bedeutet das nicht weniger als der Durchbruch und der Wandel für den Wohnungsmarkt und die Stadtentwicklung in Gelsenkirchen.

Fotos: gkfoto | Karin Welge

Dass Bund und Land diese Zukunftspartnerschaft mit Gelsenkirchen eingehen, kommt nicht von ungefähr. Gelsenkirchen hat in den vergangenen Jahren zum Beispiel an der Bochumer Straße gezeigt, dass es funktioniert, wenn Problemimmobilien vom Markt genommen werden, dass Stadtteile sich wieder positiv entwickeln und sich aus der Spirale des Niedergangs lösen können. So konnten bereits 57 Problemimmobilien, vor allem entlang der Bochumer Straße, erworben und das Gesamtbild erheblich verbessert werden.

Ich bin sicher, dass wir damit in eine ganz neue Dimension von Stadtgestaltung eintreten. Wir werden den Wohnungsmarkt in Gelsenkirchen bereinigen und stabilisieren, Problemimmobilien beseitigen, Wohnqualität schaffen und Stadtentwicklung nachhaltig strategisch angehen. Den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt wollen wir so eine Entwicklungsperspektive aufzeigen und Eigentümerinnen und Eigentümern bieten sich lohnende Investitionen an einem aufgewerteten Standort.

Die Umsetzung dieser Strategie ist nur mit der finanziellen Unterstützung von Bund und Land sowie einer innovativen Kombination aus Ordnungsrecht und Projektentwicklung möglich. Als Startkapital zu Beginn des Projektes stellt uns das Land zunächst 10 Millionen Euro zur Verfügung. Darüber hinaus wird Gelsenkirchen Leadkommune des Landesprojekts „Prima.Klima.Ruhrmetropole“, in dessen Rahmen die klimagerechte Transformation von bis zu 15 Stadtquartieren gefördert wird.

„Die Stadtverwaltung ist in der Lage, Gelegenheiten auszunutzen und dabei auf die bewährten Strukturen zurückzugreifen.“

Die Zukunftspartnerschaft beinhaltet aber nicht nur den Ankauf und den Abriss von Problemimmobilien. So einfach funktioniert Stadtentwicklung nicht. Dazu gehört eine kommunale Strategie, die nach Innen entwickelt, nachhaltige Räume stärkt, Klimawandel und Klimaschutz gestaltet, starke Orte strahlen lässt, stabile und lebendige Wohnquartiere erhält und schafft, eine zukunftsorientierte und nachhaltige Wohnraumversorgung bietet und Wirtschaftsstandorte sowie Innovationen fördert.

Wir werden mit der Umsetzung schnell beginnen. Die Stadtverwaltung ist in der Lage, Gelegenheiten auszunutzen und dabei auf die bewährten Strukturen zurückzugreifen. Ein wichtiger Punkt ist dabei die Kommunikation mit den Akteuren vor Ort. Wichtige Partner werden die Wohnungsbaugesellschaften oder Eigentümerinnen und Eigentümer.



ZENTRALE PUNKTE DES GELSENKIRCHENER PROJEKTS SIND:

- die Bereinigung des Wohnungsmarktes um 3.000 Wohneinheiten in den nächsten 10 Jahren mit dem Ziel eine Leerstandsquote von unter 5 Prozent zu erreichen
- die Beseitigung von rund 500 Problemimmobilien durch Abriss oder Modernisierung
- die Schaffung von Wohnqualität durch Bestandssanierung, Rückbau und Neubau mit qualitativ hochwertigen Verbesserungen. Stadtbildprägende sowie denkmalgeschützte Häuser bleiben erhalten
- die nachhaltige Nutzung der Freiflächen, z.B. Vermarktung aufgrund qualitativer Kriterien oder als öffentliche Flächen wie Pocketparks oder für Klimaanpassungsmaßnahmen
- das Angehen einer strategischen Stadtentwicklung, um eine lohnende Investitionsperspektive an einem aufgewerteten Standort zu bieten und durch gewonnene Freiflächen eine Verbesserung des Wohnumfeldes und für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zu schaffen



HEIMAT GESTALTEN

DER SGK-FACHKONGRESS

Viele interessierte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus dem Haupt- und Ehrenamt in NRW folgten der Einladung zum SGK-Fachkongress „Heimat gestalten“ mit der anschließenden Gala zum 50-jährigen Bestehen der SGK NRW im Düsseldorfer Maritim Hotel. Im Mittelpunkt standen neben dem selbstbewussten Gestaltungswillen der Kommunalpolitik, auch die Herausforderungen der aktuellen Zeit wie Krisenfestigkeit, Digitalisierung und nachhaltige Kreislaufwirtschaft.

„Wir müssen gute Kommunalpolitik machen – mit Haltung und dem Willen, die Dinge vor Ort voranzubringen. Basierend auf sozialdemokratischen Werten setzen wir uns für ein gutes Miteinander in den Kommunen ein“, betonte Frank Meyer, Vorsitzender der SGK NRW und Oberbürgermeister der Stadt Krefeld bei seiner Eröffnungsrede. Die Herausforderungen der heutigen Zeit seien zwar größer und intensiver als es noch vor ein paar Jahren anzunehmen war. Davon dürfe sich aber niemand entmutigen oder demotivieren lassen. Neben Klimawandel und explodierenden Strom- und Gaspreisen, dürften die Städte und Gemeinden nicht kaputtgespart werden. Die Sicherung der Lebensqualität sei dabei eine zentrale Aufgabe von Verwaltung und Politik gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Soziale Verwerfungen in der Stadtgesellschaft seien eine Gefahr, die ernstgenommen werden müsse. Dazu bedarf es aber auch der Hilfe von Land und Bund.

KOMMUNALE ZEITENWENDE

Der Titel des Impulsvortrages des Journalisten und Autors Raphael Thelen ließ bereits auf den Inhalt schließen: „Kommunale Zeitenwende“ – die Herausforderungen für die Kommunalpolitik sind hier groß und vielschichtig. Der Journalist spiegelte viele interessante Aspekte und Herausforderungen aus der globalen Perspektive auf die kommunale Ebene und schaffte es, trotz anfänglicher Feststellungen wie „komplex die Welt ist“, eine positive Motivation für die Anwesenden haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politiker herauszuarbeiten.

DIGITAL, SICHER, NACHHALTIG

In drei „Stehcafés“ konnten die Teilnehmenden mit Expertinnen und Experten aus den Schwerpunktbereichen Digitalisierung, Ordnung und Sicherheit sowie nachhaltige Kreislaufwirtschaft diskutieren und sich in der anschließenden Pause mit den Podiumsteilnehmenden sowie den Unterstützerinnen und Unterstützern in der begleitenden Ausstellung austauschen.

HEIMAT GESTALTEN – KOMMUNE WEITERDENKEN

Die zentrale Podiumsdiskussion am Nachmittag beschäftigte sich mit den Herausforderungen für die kommunalen Akteure in NRW. Moderiert durch den Journalisten Tom Hegermann stellten sich Frank Meyer, Nicole Berka (Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid), Martin Börschel (NRW. BANK) und Dr. Christina Rentzsch (Stabsstelle „Zukunft der Gesellschaft“, Herne) den Fragen des Moderators und diskutierten, angereichert durch viele Fragen aus dem Publikum, darüber, wie trotz aller Herausforderungen die kommunale Ebene weiterhin die Stabilität unserer Gesellschaft sichern kann und wie kommunale Ehren- und Hauptämter umgestaltet werden müssen, um sie für mehr Menschen attraktiv zu halten bzw. zu machen und nicht nur für Einzelne.

KRISENFEST. KLIMAGERECHT. LEBENSWERT.

Die Fachforen aus dem Kongressuntertitel „Heimat gestalten – Krisenfest. Klimagerecht. Lebenswert.“ bildeten den Abschluss des Fachkongresses und gaben ausreichend Zeit, alle Facetten zur krisenfesten Aufstellung einer Kommune, kommunale Lösungsansätze in der Energiewende und Entwicklungsstrategien für Lebensqualität und Zusammenarbeit zu diskutieren. Fachleute aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft standen in den Foren Rede und Antwort zu Publikumsfragen und lieferten viele spannende und interessante Inhalte für die Arbeit vor Ort.

Viele Informationen und auch spannende und neue Ideen wurden auf dem SGK-Fachkongress diskutiert und finden so hoffentlich den Weg in die Gremien und in die Arbeit der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vor Ort.

FOTOSTERECKE

Impressionen der Veranstaltung.



VIDEOAUSZUG

Impulsvortrag des Journalisten und Autors Raphael Thelen.



50 JAHRE SGK NRW

UND DAS WAR EIN GRUND ZU FEIERN!



Im Anschluss an den Fachkongress folgten rund 250 geladene Gäste der Einladung der SGK NRW zur Jubiläumsgala anlässlich des 50. Geburtstages.



Als Festrednerin blickte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas MdB auf die 50-jährige Geschichte der SGK NRW zurück und betonte, wie wichtig die Qualifizierung und Motivation von Menschen für das kommunale Ehrenamt sei. Hass und Hetze, denen auch Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ausgesetzt seien, müssen von der Wurzel an bekämpft werden und die kommunalpolitische Arbeit müsse gestärkt werden. Alle Kräfte müssen an einem Strang ziehen, um die Ehrenamtler und Hauptamtler so zu unterstützen, dass sie ohne Angst und Einschränkungen ihren Aufgaben nachgehen können. Auch müsse noch viel mehr für die Attraktivität der kommunalpolitischen Arbeit bei jungen Menschen getan werden. Denn nur durch das Mitwirken der jüngeren Generationen könne sichergestellt werden, dass auch die Interessen dieser Generationen vor Ort gewahrt werden können.



GESCHICHTE FEIERN, IN DIE ZUKUNFT BLICKEN

Eine spannende kurzweilige Talkrunde mit dem Titel „Geschichte feiern, in die Zukunft blicken“ rundete das inhaltliche Programm zur Geschichte der SGK NRW ab. Moderiert durch Tom Hegemann sprachen Frank Meyer (Vorsitzender der SGK NRW und Oberbürgermeister der Stadt Krefeld), Thomas Kutschaty MdL (Vorsitzender der NRWSPD und der SPD-Landtagsfraktion) und Nadine Leonhardt (Bürgermeisterin der Stadt Eschweiler) über ihre persönlichen Herausforderungen der Vergangenheit in der Kommunalpolitik, aber auch über die positiven Perspektiven für die Zukunft.

ES DARF GEFEIERT WERDEN!

Eine SGK-Gala wäre nichts, ohne Kabarett, Musik und Tanz! Kabarettist Kai Magnus Sting entführte die Teilnehmenden zum Dessert in die Welt der Sprache des Ruhrgebiets: „Hömma“ – „watt is“ – ... mehr Worte braucht es nicht! Ein rundum lustiger und aufschlussreicher Vortrag für so manchen Rheinländer...! Mit der Band Maraton startete dann der lockere Teil des Abends: Tanzmusik, leckere Cocktails und viele Gespräche rundeten die Feierlichkeit ab!



AUF WIEDERSEHEN...

Die Corona-Zeit hat es verhindert, nun wurde es offiziell nachgeholt: Frank Baranowski, ehemaliger Landes- und Bundesvorsitzender, Bernhard Daldrup MdB, ehemaliger Landesgeschäftsführer und Bettina Fröhlich, ehemalige Sekretärin in der Landesgeschäftsstelle, wurden im Rahmen der Gala feierlich durch Frank Meyer, Thomas Kutschaty MdL und Maik Luhmann, Landesgeschäftsführer der SGK NRW, verabschiedet. Wir wünschen ihnen alles Gute!

50 JAHRE SGK – DER FILM

Pünktlich zum Jubiläum hat die SGK NRW einen Jubiläumsfilm über die Geschichte und ihre aktuellen Aufgaben produzieren lassen, der im Rahmen der Jubiläumsgala sein Debüt feierte. Der Film ist auf YouTube zu finden.



SCHOOLS4FUTURE BELEGT: MITMISCHEN IS POSSIBLE

SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER MACHEN DER KOMMUNALPOLITIK BEINE



**Oliver
Wagner**

Wuppertal Institut

Als die 15-jährige Greta Thunberg an einem Freitag im August 2018 vor dem schwedischen Parlamentsgebäude in Stockholm ihren einsamen Klimastreik begann, ahnte niemand, dass sie in den Folgejahren unter anderem auf zwei Weltklimakonferenzen und vor der UN-Vollversammlung als Repräsentantin der größten Jugendbewegung der Welt – Fridays for Future – vielbeachtete Reden halten würde. Das, was Greta Thunberg auf der Weltbühne der Politik gelungen ist, sollte auch klimaschutzengagierten Schülerinnen in der Kommunalpolitik ermöglicht werden. Sie sollten von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern gehört und ernst genommen werden. Um ihren Forderungen für klimafreundliche Schulen auch gegenüber Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern mehr Nachdruck verleihen zu können, müssen sie aber auch gestärkt und qualifiziert werden. So die Kernanliegen des Projekts Schools4Future, welches vom Wuppertal Institut sowie dem Büro Ö-quadrat aus Freiburg durchgeführt und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gefördert wird. Sechs Schulen aus NRW machen der Politik mächtig Dampf.

BUNDESPOLITISCHE ZIELE AUF SCHULEN RUNTERBRECHEN

Immer mehr Städte in Deutschland haben beschlossen, bis 2035 klimaneutral zu sein. In NRW beispielsweise Bonn, Wuppertal und Mülheim an der Ruhr. Zudem haben (*Stand Herbst 2022*) 74 Städte im Zuge der anhaltenden Protestaktionen von Fridays for Future den „Klimanotstand“ ausgerufen. Doch wer schon einmal einen Blick auf den energetischen Zustand der Schulen geworfen hat

fragt sich, wie solche Ziele erreicht werden sollen. Klar ist, dass es nicht bei der Formulierung wohlklingender Ziele und Ratsbeschlüsse bleiben darf. Wichtig ist, dass nun auch verstärkt gehandelt wird und da spielen die Schulen eine ganz besonders wichtige Rolle, denn sie machen den bei Weitem größten Anteil an der kommunalen Gebäudeinfrastruktur aus. Schafft es eine Kommune nicht, die Schulen zu klimafreundlichen Lernorten zu sanieren, wird sie auch nicht ihrer Vor- und Leitbildfunktion gerecht. Schulen sollten daher die ersten Orte sein, an denen die Klimaschutzziele erreicht werden. Wenn Schülerinnen und Schüler in ihrem täglichen Schulalltag wahrnehmen, dass Klimaschutz verantwortungsvoll seitens der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger vorangetrieben wird, wird Politik an Glaubwürdigkeit gewinnen. Von Sonntagsreden ohne Konsequenzen, lassen sich Schülerinnen und Schüler heute nicht mehr beeindrucken. Wissen ist zudem eine wichtige Voraussetzung, damit an den Schulen eine Generation heranwächst, die es in Bezug auf Klimaschutz besser hinkommt, als die vorherigen.



**Lena
Tholen**

Wuppertal Institut

BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG GANZ PRAKTISCH

Sichtbar machen, wie groß der CO₂-Fußabdruck einer Schule ist, ist ein guter Einstieg, um den Handlungsbedarf zu verdeutlichen. Im Projekt Schools4Future wird mit der Erstellung einer CO₂-Bilanz des Schulbetriebs gestartet. Darin werden, wie in kommunalen CO₂-Bilanzen, alle wichtigen Daten zu Energie, Mobilität und Konsum einer Schule erfasst. So kann man am Ende die Bilanz bewerten und sehen, welchen Anteil Heizung beispielsweise Klassenfahrten, Papierverbrauch und Mensaverpflegung am CO₂-Fußabdruck einer Schule haben.

Das Besondere an Schools4Future ist der CO₂-Rechner, der so gestaltet wurde, dass die Schülerinnen und Schüler selbst die Bilanz erstellen können. Sie sind aktiv in die Datenermittlung und -eingabe eingebunden. Durch Befragungen finden sie heraus, mit welchem Verkehrsmittel Mitschülerinnen und Mitschüler sowie Lehrerinnen und Lehrer zur Schule kommen, wie viele Kilometer sie dafür zurücklegen, wohin Klassenfahrten stattfanden, woher die verwendeten Lebensmittel in der Mensa kommen, wie hoch der Energieverbrauch der Schule ist und vieles mehr. So lernen sie die vielen verschiedenen Einflussfaktoren kennen, erkennen die Relevanz der unterschiedlichen Bereiche und setzen sich konkret und lebensnah mit Klimaschutz auseinander.

INS HANDELN KOMMEN

Natürlich reicht es nicht aus zu wissen, wo eine Schule steht. Es muss auch gehandelt werden. Da gibt es viele Dinge, die durch die Schulen selbst umgesetzt werden können, doch ganz oft braucht es auch den Schulträger und die Politik vor Ort, um beim Klimaschutz erfolgreich zu sein.

An der Gesamtschule Else Lasker-Schüler in Wuppertal haben es Schülerinnen und Schüler mit Lehrerinnen und Lehrern geschafft, eine eigene Fahrrad-Werkstatt aufzubauen. Zudem wurde der Speiseplan der Mensa komplett überarbeitet, so dass an drei Tagen in der Woche nun ausschließlich vegetarische Gerichte angeboten werden. Schülerinnen und Schüler haben mit Hilfe eines Strommessgerätes ineffiziente Verbraucher identifiziert, die durch effiziente Alternativen ersetzt wurden. Bei der Stadt wurde das Thema platziert, indem ein „Runder Tisch Energiesparen“ mit Vertreterinnen und Vertretern der Schule und des Gebäudemanagements organisiert wurde. So konnten Potenziale diskutiert und konkrete Handlungsschritte, wie der Austausch von alten Leuchtstoffröhren, Anpassungen bei der Heizungssteuerung und die Überarbeitung von Zeitplänen im Bereich IT eingeleitet werden.

Auch die Ronsdorfer Erich-Fried-Gesamtschule ist sehr erfolgreich. Dort arbeiten mehrere Arbeitsgruppen seit eineinhalb Jahren Ideen aus. Ein engagierter Hausmeister, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und natürlich die Schülerinnen und Schüler trafen sich mehrfach mit dem örtlichen Bezirksbürgermeister Harald Scheuermann-Giskes (SPD). „Die Schülerinnen und Schüler waren super vorbereitet und haben ein 80seitiges Konzept ausgearbeitet. Ich habe sie dann eingeladen, um ihre Ergebnisse bei uns in der Bezirksvertretung vorzustellen“, sagt Scheuermann-Giskes. Das angeeignete Expertenwissen der Schülerinnen und Schüler hat Politik und Verwaltung gleichermaßen beeindruckt. Nach einem gemeinsamen Ortster-

min wurde die Realisierung einer Fahrradstraße und die Installation besser Abstellmöglichkeiten für Fahrräder auf den Weg gebracht. Schulsprecherin Lina Börger hat



vor dem Hauptausschuss die Anregungen der Schule gemäß §24 GO NRW als Antrag der Schülerinnen und Schüler eingebracht und so sollen nun auch weitere Maßnah-

„Für unseren Stadtteil ist das politische Engagement der Schule ein Gewinn.“

**Harald Scheuermann-Giskes,
Bezirksbürgermeister**

men umgesetzt werden. Entsprechend positiv zieht der Bezirksbürgermeister daher Bilanz: „Für unseren Stadtteil ist das politische Engagement der Schule ein Gewinn.“

Für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vom Wuppertal Institut ist es toll zu sehen, dass das Konzept von Schools4Future aufgegangen ist. Motivierte Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer engagieren sich für den Klimaschutz an den Schulen, vernetzen sich, tauschen sich mit relevanten Akteurinnen und Akteuren aus und stoßen konkrete Maßnahmen an.

INFOBOX

Schools4Future.de



Schools4Future auf Instagram



KLIMASCHUTZ MIT DER STADTGESELLSCHAFT

KLIMABEIRAT DER STADT DORTMUND



Detlef Raphael

Vorsitzender
Klimabeirat
Stadt Dortmund

Der Klimawandel ist für uns täglich präsent. Orkane, Starkregenereignisse, Hochwasser, Hitzeperioden, Dürre erleben wir jedes Jahr mehrfach. Die Wissenschaft zeigt uns immer wieder auf, wie nah wir an Kippunkten für das Weltklima sind. Das gemeinsame Ziel, Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 Grad, wird immer schwerer erreichbar. Die Weltklimakonferenz COP 27 hat auch nur sehr begrenzt neue Impulse gesetzt. Daraus folgt: Wir müssen kommunal handeln. Städte, Gemeinden und Kreise müssen unabhängig von EU-, Bundes- und Landespolitik im Rahmen ihrer Möglichkeiten Klimaschutz und Klimaanpassung vorantreiben.

Viele Kommunen setzen sich ambitionierte Ziele: Klimaneutralität 2030 oder 2035 und nicht erst 2045 und später. Auch wenn dabei klar ist, dass ohne massive Unterstützung der anderen staatlichen Ebenen diese Ziele nicht erreicht werden können, packen die Kommunen und ihre kommunalen Unternehmen an. Immer mehr denken dabei die Klimaanpassung mit. Sie wollen so rasch wie möglich resilient und klimaneutral werden.

Die Stadt Dortmund hat daher – wie viele andere Kommunen auch – sich das Ziel gesetzt, bis 2035 klimaneutral und resilient zu werden und dafür verschiedene Masterpläne und Handlungsprogramme zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung auf den Weg gebracht. Zugleich hat im Rat der Stadt Dortmund

eine Debatte darüber stattgefunden, wie der Klimaschutz und die Klimaanpassung noch mehr Durchschlagskraft und Unterstützung aus der Stadtgesellschaft erfahren können. Damit wurde die Idee des Klimabeirats geboren. Der Rat der Stadt Dortmund hat im November 2021 die Einrichtung eines Klimabeirates beschlossen. Klimabeirat deshalb, weil nicht nur der Klimaschutz sondern auch die Klimaanpassung adressiert werden.

„Die Mitglieder des Klimabeirates verfügen über ein umfangreiches Fachwissen in verschiedenen Bereichen des praktischen und theoretischen Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung.“

Nach der ebenfalls vom Rat beschlossenen Geschäftsordnung soll der Klimabeirat die Klimapolitik der Stadt Dortmund aktiv unterstützen. Er verfolgt, begleitet und dis-

Fotos: Gerd Altmann - Pixabay | Marc B - Pixabay | Alexandra Kowitzke

kuert die kommunalen Aktivitäten zu Klimaschutz und Klimaanpassung und gibt Impulse zur Umsetzung bzw. Beschleunigung der verschiedenen Programme zum Klimaschutz, zur Klimaanpassung und zur Mobilität. Er gibt somit Anregungen und Empfehlungen an den Rat der Stadt Dortmund. Der Klimabeirat ist zugleich Bindeglied zwischen Stadtgesellschaft, Verwaltung und politischen Entscheidungsträger und -trägern.

Die Mitglieder des Klimabeirates verfügen über ein umfangreiches Fachwissen in verschiedenen Bereichen des praktischen und theoretischen Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung. Der Klimabeirat besteht aus vier Mitgliedern aus Wissenschaft und Forschung, acht Mitgliedern aus Wirtschaft und Handel, sechs Mitgliedern aus gesellschaftlichen Gruppierungen und einem Vertreter der Bürgerschaft, die alle vom Rat benannt worden sind. Zudem gehören dem Klimabeirat jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter der Fraktionen des Rates der Stadt Dortmund (nicht stimmberechtigt) an. Alle (ordentlichen) Mitglieder haben für ihre jeweiligen Institutionen bzw. Organisationen Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter. Selbstverständlich nehmen der/die zuständige Beigeordnete und der Umweltamtsleiter ebenfalls beratend an den Sitzungen des Klimabeirats teil. Erfreulicherweise hat der Rat der Stadt Dortmund für den Klimabeirat eine Geschäftsstelle beschlossen, die dem Umweltamt zugeordnet und dort in der „Koordinierungsstelle Klimaschutz und Klimafolgenanpassung“ angesiedelt ist.

Der Klimabeirat der Stadt Dortmund trifft sich an mindestens vier Terminen pro Jahr. Die Sitzungen des Klimabeirates sind grundsätzlich öffentlich. Darüber hinaus arbeiten aus der Mitte des Klimabeirates mehrere Projektgruppen zu aktuell relevanten Themen, wie z. B. zur Mobilität, zu Landwirtschaft und Ernährung, zur Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sowie zur Klimaanpassung. Diese Projektgruppen berichten im Klimabeirat über ihre Erkenntnisse und bereiten damit die Empfehlungen an den Rat vor.

Der Klimabeirat hat seit seiner Konstituierung Anfang Mai 2022 weitere drei Mal getagt. Da sich viele der ehrenamtlichen Beiratsmitglieder untereinander nicht kannten, wurde in einem fremdmoderierten Workshop auf der Grundlage der Geschäftsordnung ein Rollenverständnis erarbeitet und gemeinsame Arbeitsweisen festgelegt. Der Klimabeirat will Rat und Verwaltung unterstützen, um die Klimaneutralität 2035 und die resiliente Stadt gemeinsam mit der Stadtgesellschaft zu erreichen.

Im September 2022 wurden die ersten Empfehlungen an den Rat abgegeben. Zum einen handelte es sich um schnell zu realisierende Maßnahmen, die nach Wunsch des Klimabeirates bis zum 30.06.2023 umgesetzt werden sollen. Zum anderen ging es um Maßnahmen, deren Umsetzung große Treibhausgas-Einsparungen oder Minderungen der Folgen des Klimawandels ermöglichen. Die Empfehlungen reichten von der Etablierung eines Klimaschutzfonds über die Verbesserung der Beratung der Bürgerinnen und Bürger zur Energieeffizienz und dem flächendeckenden Aufbau von Photovoltaik auf städtischen Gebäuden bis hin zur Aufstellung von mobilem Grün auf hochverdichteten Flächen. Weitere Schwerpunkte sind die nachhaltige Mobilität und die klimaneutrale Verwaltung.

Angesichts der dringend erforderlichen Wärmewende wurden Ende November 2022 im Klimabeirat nachhaltige Baustandards



„Der Klimabeirat ist ein hervorragendes Instrument, um Klimaschutz und Klimaanpassung mit der Stadtgesellschaft voranzubringen.“

für die kommunalen Gebäude erörtert, die demnächst Grundlage für alle städtischen Bauvorhaben sein sollen. Zudem hat der Klimabeirat am Beispiel von Innovation City Ruhr darüber beraten, wie die energetische Gebäudesanierung im Quartier in Dortmund vorangetrieben werden kann. Im kommenden Jahr sollen u.a. nachhaltiges Flächenmanagement, die zukunftssichere Energieversorgung mit erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz sowie die Klimaanpassung im Vordergrund stehen.

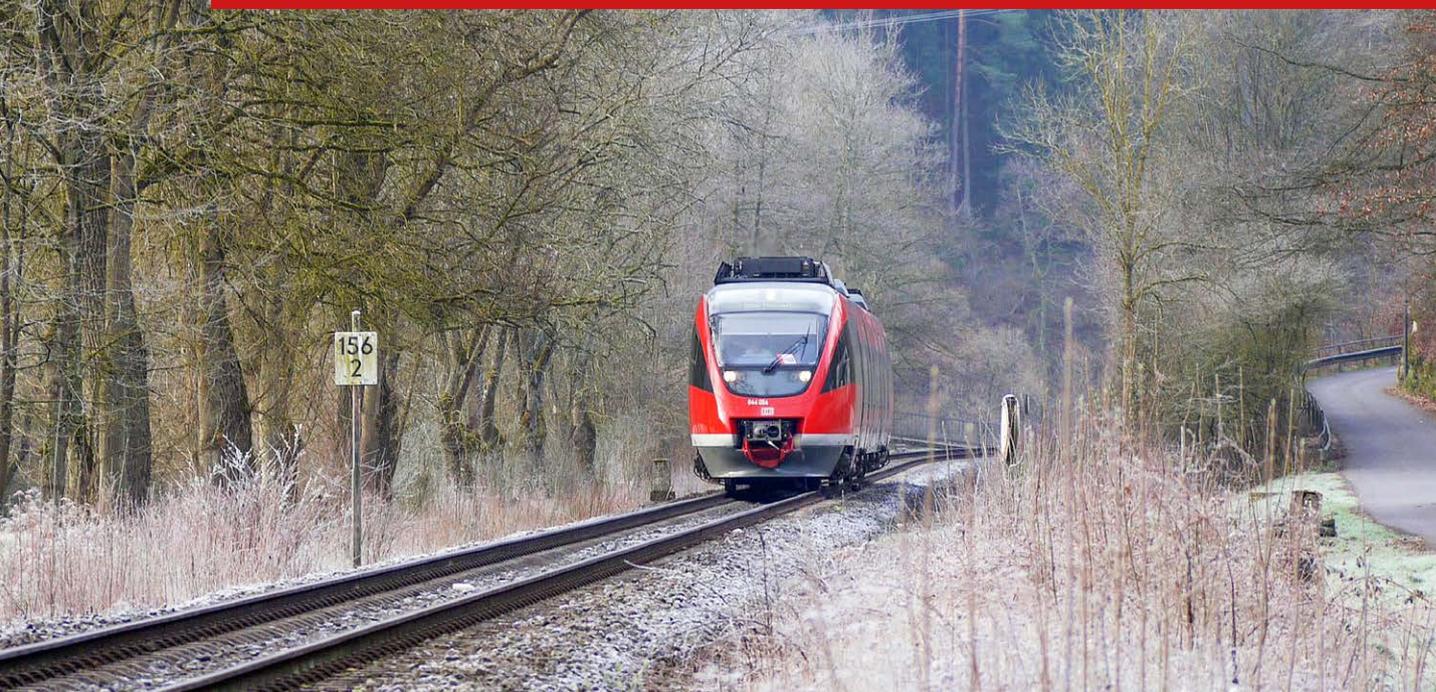
Ein erstes Fazit: Der Klimabeirat ist ein hervorragendes Instrument, um Klimaschutz und Klimaanpassung mit der Stadtgesellschaft voranzubringen. Nachahmung ist ausdrücklich empfohlen!

INFOBOX

Nähere Informationen zum Klimabeirat und einigen wichtigen Programmen der Stadt Dortmund.



TRANSFORMATION DER MOBILITÄT IM LÄNDLICHEN RAUM



Stefan Heimlich

Vorsitzender des ACE

Die viel besprochene Verkehrswende wird nicht nur in den Städten und Metropolen stattfinden. Die Reduzierung von motorisiertem Individualverkehr (MIV) ist entscheidend für eine nachhaltige Verkehrswende auch auf dem Land. Folglich wird auch hier ein starker Öffentlicher Verkehr (ÖV) und ein hoher Anteil von Rad- und Fußverkehr, Sharing-Angeboten und Elektromobilität kombiniert werden müssen.

Ohne Frage wird das Auto in den ländlichen Regionen Deutschlands weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Hier wird es eher darum gehen, ein besseres Mobilitätsangebot bereitzustellen und so die Anzahl der Pkw pro Haushalt zu reduzieren. Dies spart den einzelnen Haushalten zudem bares Geld, das sie bislang für die Nutzung mehrerer Fahrzeuge aufbringen mussten.

Die Akzeptanz für die oben genannten Alternativen zu erzeugen, muss Maßgabe aller Akteure sein, die die Mobilität im ländlichen Raum erhöhen wollen. Denn dort lebende mobilitätseingeschränkte Personen, ältere Menschen und Familien mit Kindern werden – wenn sie nicht über mehrere Pkw verfügen – täglich vor große Herausforderungen gestellt. Sie alle müssen ebenfalls am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, ohne mehrere eigene Pkw zu besitzen. Denn Mobilität ist Daseinsvorsorge mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss ein Bewusstsein geschaffen werden, dass alle Ziele nur gemeinsam erreicht werden können. Die Kommunen innerhalb des ländlichen Raumes, aber auch der ländliche Raum mit den Städten sind eng verwoben – hier kann

niemand eine Veränderung herbeiführen, ohne dass auf der anderen Seite deren Folgen spürbar sind. Es braucht deshalb eine Stärkung der Regionalplanung, die eng mit Fachplanungen (beispielsweise jene für Verkehr, Lärminderung, Umwelt und Landschaftsplanung) vernetzt ist. Es braucht ein aktives Regionalmanagement, damit innerhalb der Region gemeinsame Ziele identifiziert werden und die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und weiteren Akteuren gestärkt wird. Nur so können die Bedürfnisse nach Mobilität (u.v.m. wie Wohnen, Arbeiten, Erholung) stärker überregional besprochen, besser geplant und somit räumlich und organisatorisch miteinander verflochten werden. Ein solches Regionalmanagement braucht zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen.

„Wichtig ist, die Kommunen finanziell und planerisch bei der Umsetzung individueller Lösungen zu stärken, ...“

Fotos: Erich Westendorp - Pixabay | Lukas Frontzek - 23photos.de

Wichtig ist, die Kommunen finanziell und planerisch bei der Umsetzung individueller Lösungen zu stärken, damit sie neben den überregionalen Verbänden die Mobilität vor Ort weiterentwickeln und stärken können. Dieser Aspekt ist aus kommunalpolitischer Perspektive viel stärker in den Fokus zu nehmen.

ÖPNV

Die Erreichbarkeit der nächsten Stadt ist für die Menschen essenziell, damit sie ihren täglichen Verpflichtungen, aber auch ihren sozialen Bedürfnissen nachgehen können. Hierfür müssen die Verbindungen zwischen dem ländlichen Raum und den städtischen Zentren, aber auch die Verbindungen der ländlichen Räume untereinander, verbessert werden: ein zuverlässiges, günstiges, schnelles, regelmäßiges, barrierefreies und vor allem aufeinander abgestimmtes Nahverkehrsangebot ist notwendig.

Um den ÖPNV als Rückgrat einer nachhaltigen und attraktiven Mobilität zu etablieren, bedarf es mindestens eines Stundentakts im ländlichen Bus- und Bahnbetrieb. Nachfragestärkere Strecken und Tageszeiten verlangen eine Taktverdichtung. Eine Mobilitätsgarantie mit gesetzlich vorgegebenen Standards könnte all dies gewährleisten. Neue, angebotsorientierte Mobilitätsangebote wie Sharing, On-Demand-Verkehre, Pooling-Angebote via Apps und Telefon könnten in Verbindung mit dem Linienverkehr diesen flexibel ergänzen und Tür-zu-Tür-Verbindungen bieten.

Darüber hinaus kann durch die Ausweitung von P+R-Möglichkeiten an den Haltepunkten die Nutzung des ÖV gefördert werden und so zu einer Entlastung der Innenstädte vom Autoverkehr beitragen. Denn der Stau in der Stadt beginnt auf dem Land.

DIGITALISIERUNG

Ein funktionierendes und schnelles Internet (5G) ist Bedingung für die Einführung und Funktionstüchtigkeit digitaler Bedienformen wie dem automatisierten Fahren, Mobilitäts-Apps und der Wirksamkeit von Assistenzsystemtechnik.

RADVERKEHR

Auch im ländlichen und suburbanen Raum können Wege mit dem Rad als Alternative oder Ergänzung zum privaten Pkw zurückgelegt werden. Dabei ist die sichere Erreichbarkeit aller Ziele Grundvoraussetzung für die Attraktivität des Radverkehrs. Folglich muss die Fahrrad-Infrastruktur quantitativ und qualitativ stark verbessert werden.

Es bedarf einer kommunenübergreifenden Vernetzung im Rahmen von Radverkehrsplänen, um das Fahrrad vor allem für den alltäglichen Verkehr attraktiv zu machen. Vom Ausbau der Hauptradrouten, Radschnellwege und Servicestationen mit Bikesharing-Angeboten profitieren beide Nutzungsarten gleichermaßen. Durch den zusätzlichen Bau von sicheren Radabstellanlagen – auch für Fahrräder, Pedelecs und E-Bikes – wird außerdem die Verknüpfung zu anderen Verkehrsmitteln attraktiv und die Funktion als ÖV-Zubringer gestärkt. Die Mitnahmemöglichkeit von Rädern in Fahrzeugen des schienengebundenen ÖV muss erleichtert werden.

ANTRIEBSWENDE / ENERGIEWENDE

Eine umfassende Dekarbonisierung des Verkehrssektors kann nur gelingen, wenn – neben einem Wandel hin zu mehr öffentlichem Nah- und Fernverkehr und mehr Intermodalität – der Verkehr auch im ländlichen Raum großflächig elektrifiziert wird. Maßgeblich für den Erfolg dieser Antriebswende ist neben der Verfügbarkeit von geeigneten Fahrzeugen auch die Ladeinfrastruktur.



Im ländlichen Raum spielt die private Ladeinfrastruktur eine größere Rolle als in der verdichteten Stadt, denn er ist stärker durch individuelles Wohn- und/oder Grundstückseigentum geprägt. So ist die eigene Wallbox eine Alternative zur öffentlichen Ladestation. Unabhängig davon muss auch im ländlichen Raum ein flächendeckendes Netz an öffentlicher Ladeinfrastruktur zur Verfügung stehen – insbesondere an markanten Wegepunkten (sog. POIs), damit die batterieelektrische Mobilität für alle funktioniert.

WAS ES FÜR EINE TRANSFORMATION LÄNDLICHER MOBILITÄT BRAUCHT:

- Ausbau der Finanzen
- Ausbau des ÖV
- Verknüpfung der Verkehrsträger
- Ausbau der Radinfrastruktur
- Ausbau der Ladeinfrastruktur
- Ausbau weiterer digitaler Infrastruktur, Nahversorgungsmöglichkeiten, Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken etc.

KURZ VORGESTELLT

LESESTOFF FÜR DIE KOMMUNALPOLITISCHE ARBEIT



BÜRGERMEISTER WAS SIE ANTREIBT, WER SIE UMTREIBT

Von Denise Peikert, Kommunal- und Schul-Verlag, Auflage 2020, 180 Seiten, Klappenbroschüre, ISBN: 978-3-8293-1489-3, 9,90 Euro

Was bedeutet es, Bürgermeister oder Bürgermeisterin in heutiger Zeit zu sein und welche Motivation treibt Menschen an, sich als Bürgermeisterin oder Bürgermeister zu engagieren? Genau diesen Fragen hat sich Denise Peikert gewidmet und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in ganz Deutschland interviewt bzw. porträtiert. In ihrem Buch hat sie diese spannenden Eindrücke zusammengefasst. Denise Peikert ist es gelungen, mit ihren Porträts von Bürgermeistern/Bürgermeisterinnen einen Blick hinter die Kulissen dieses besonderen Amtes zu werfen. Es wird besonders deutlich, welche überragende Rolle kommunale Mandatsträger in einer Zeit drängender Herausforderungen wie Klimawandel oder steigenden Mieten und sozialer Spannungen einnehmen, indem sie die Demokratie verteidigen und sich für eine gute Zukunft ihrer Gemeinde einsetzen.

Das Buch richtet sich an kommunale Mandatsträger und alle, die sich für die Belange, Probleme und Herausforderungen der Kommunen interessieren. In „Bürgermeister – Was sie antreibt, wer sie umtreibt“ findet man eine Fülle an spannenden Eindrücken und neuen Erkenntnissen.

Mit Kurzinterviews von Stephan Weil, Ole von Beust, Henning Scherf und Erwin Teufel.

Denise Peikert wurde 1986 in Chemnitz geboren und erlebte die Kommunalpolitik in München, Frankfurt und der sächsischen Stadt Mittweida. Die Autorin schreibt für die FAS, WELT und Zeit und absolvierte die Deutsche Journalistenschule.

Foto: Gerd Altmann - Pixabay

KOMMUNALRECHT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

von Erichsen/Dietlein, Reckinger Verlag, 3. Auflage 2022, Kunststoff-Einband, 668 Seiten, ISBN:978-3-7922-0394-1, 39,90 Euro



Im Handbuch werden die verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung ausführlich dargestellt. Teil dieser Neuauflage ist auch die Darstellung der Bestimmungen zum Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in NRW. Erläutert werden unter anderem:

- Organisationsrecht der Gemeinden/Gemeindeverbände
- Kommunales Wirtschaftsrecht
- Recht der kommunalen Gemeinschaftsarbeit
- Recht der kommunalen Einrichtungen
- Kommunales Finanz- und Finanzverfassungsrecht

Das Werk richtet sich vor allem an Rechtsreferendare und Studierende, eignet sich aber auch als Nachschlagewerk für Praktiker in den kommunalen Verwaltungen.

Prof. Dr. Dietlein hat seit mehr als zwanzig Jahren den Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf inne, forscht unter anderem zum Kommunalrecht und Verfassungsrecht und ist Präsident der Freiherr vom Stein-Akademie für Europäische Kommunalwissenschaften.

JEDEN FREITAG VON 9:00 - 9:30 UHR

JEDE WOCHE EIN NEUES SPANNENDES UND KURZWEILIGES THEMA

KOMMUNALE
KAFFEEPAUSE

DIGITAL

Einfach über diesen
QR-Code einwählen:



zoom
Meeting: ID: 920 7951 8319
Kenncode: 008324

Das wöchentliche Online-Format für alle Mitglieder, jeden Freitag, nur 30 Minuten!

Wir sprechen mit Euch über aktuelle politische Inhalte sowie Tipps und Tricks für die praktische politische Arbeit.

Alle Videos und Präsentationen der KOMMUNALEN KAFFEEPAUSE sind im SGK-Intranet abrufbar.

<https://sgk.nrw/intranet>

Foto: Pixabay - Pixabay

FRAKTIONEN SIND ZWINGEND ZU FINANZIEREN

FRAKTIONSMITTEL KÖNNEN AUF DAS FOLGEJAHR ÜBERTRAGEN WERDEN



Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD) des Landes Nordrhein-Westfalen hat erläuternde Hinweise zum Fraktionsfinanzierungserlass herausgegeben.

Auch wenn es durch Gemeindeordnung und Fraktionsfinanzierungserlass an und für sich hinreichend deutlich geregelt ist, gibt es dennoch immer wieder Kommunen, die ihre Fraktionen gar nicht oder nicht angemessen mit finanziellen Mitteln ausstatten.

Das MHKBD nimmt dies zum Anlass nochmals darauf hinzuweisen, dass es grundsätzlich allen Fraktionen möglich sein muss, aus Haushaltsmitteln Zuwendungen für die im Fraktionsfinanzierungserlass aufgeführten Zwecke der Geschäftsführung zu erhalten. Die Ausgestaltung der Höhe dieser Zuwendungen liegt im pflichtgemäßen gemeindlichen Ermessen. Über das „Ob“ der Gewährung von Zuwendungen nach § 56 Absatz 3 Satz 1 GO NRW steht der Gemeinde kein Ermessen zu. Haushalte, die Fraktionen keinerlei Mittel gewähren verstoßen somit gegen die Gemeindeordnung.

Der aber wohl wichtigste Hinweis des Ministeriums ist, dass im Rahmen der Regelungen des § 22 KOMHVO NRW die Möglichkeit besteht, für Fraktionszuwendungen veranschlagte Haushaltsmittel in das nachfolgende Haushaltsjahr zu übertragen.

Über Umfang und Dauer der Übertragung von Ermächtigungen für entsprechende Aufwendungen und Auszahlungen entscheidet mit Zustimmung des Vertretungsorgans die Hauptverwaltungsbeamtin / der Hauptverwaltungsbeamte.

Eine Übertragung ist somit nicht ohne weiteres möglich, sondern erfordert neben den entsprechenden politischen Beschlüssen im Rat bzw. Kreistag die Zustimmung des Bürgermeisters bzw. Landrates.

Auch weist das Ministerium darauf hin, dass der Hauptverwaltungsbeamte den Fraktionen eine Frist zur Vorlage des einfachen Verwendungsnachweises im Rahmen der Fraktionsfinanzierung setzen darf. Eine Frist von drei Monaten nach Ende des Haushaltsjahres wird für angemessen erachtet.

Des Weiteren weist das Ministerium darauf hin, dass auch kleineren Fraktionen und Fraktionen in kleineren Kommunen Zuwendungen zu personellen Aufwendungen zustehen können und auch Anschaffungen von Fraktionen für die Digitale Gremienarbeit grundsätzlich zulässig sind.



IMPRESSUM

DIE KOMMUNALE
Das Magazin für Kommunalpolitik

Herausgeber:
Sozialdemokratische Gemeinschaft
für Kommunalpolitik in NRW e.V.
(SGK NRW)

Elisabethstraße 16
40217 Düsseldorf

Tel.: 0211-876747-0
Fax: 0211-876747-27
info@sgk-nrw.de

www.diekommunale.de
Facebook: facebook.com/SGKNRW
Verantwortlich (auch für Anzeigen):
Maik Luhmann,
Landesgeschäftsführer der SGK NRW

Satz und Gestaltung:
SGK NRW, Postfach 20 07 04,
40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung
der SGK NRW wieder. Nachdruck
mit Quellenangabe gestattet.

Der Armut in NRW den Kampf ansagen

Die Ergebnisse des Paritätischen Armutsberichts 2022 erschrecken: Nordrhein-Westfalen hat eine der höchsten Armutsquoten in Deutschland und liegt hinter Bremen, Berlin, Sachsen-Anhalt und Thüringen auf Platz 5. In kaum einem anderen Bundesland ist die Armut zuletzt so stark gestiegen wie hier (+6,2 Prozent). Jeder fünfte Mensch in NRW ist von Armut betroffen – darunter vor allem Alleinerziehende, Menschen mit Migrationsgeschichte, Kinder und Jugendliche.

Die jungen Menschen, die in Armut aufwachsen, haben nicht nur schlechtere Startbedingungen im Leben als Gleichaltrige. Die Armut zieht sich durch ihre gesamte Biografie. Doch auch in anderen Altersgruppen wirkt sich Armut auf das komplette Leben des Einzelnen aus, die soziale Teilhabe leidet. Darunter leidet auch der gesellschaftliche Zusammenhalt.

Mit dem Bürgergeld und der Erhöhung des Mindestlohns hat die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Armutsvermeidung geleistet. Doch die schwarz-grüne Landesregierung in NRW hat keine eigene Strategie dafür, wie man Menschen helfen kann, es selbst aus der Armut zu schaffen. Im Gegenteil: Insbesondere die CDU hat sich noch nie wirklich dafür interessiert, etwas an den Strukturen zu verändern.

Unsere Strategie gegen Armut in NRW

SOZIALE EINRICHTUNGEN ABSICHERN



Ob Familienzentrum, Seniorenheim, Kindergarten oder interkulturelles Zentrum – sie alle tragen einen wichtigen Teil zu unserem Sozialsystem bei. Insbesondere in diesen Krisenzeiten müssen diese Einrichtungen finanziell abgesichert werden, um ihre unterstützenden Angebote aufrechterhalten zu können.

UNTERSTÜTZUNG FÜR FAMILIEN, DIE VON ARMUT BETROFFEN SIND



Wir wollen **kostenfreie Mittagessen** in Kindertagesstätten und Schulen, **Gebührenfreiheit** für Kitas und den offenen Ganztags, eine umfassende **Lernmittelfreiheit** sowie eine **ausreichende Anzahl an Plätzen** im Ganztags und in den Kitas, um zum Beispiel Alleinerziehenden ausreichend Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit zu bieten.

LÖSUNG FÜR DIE ALTSCHULDEN DER KOMMUNEN



Insbesondere in finanzschwachen Kommunen fehlen Kita- und Ganztags-Plätze. Auch diese Kommunen brauchen den Spielraum, um konsequent gegen Armut vorzugehen. Dafür müssen sie selbst handlungsfähig sein. Es ist daher an der Zeit, dass das Land die Lösung der Altschuldenproblematik in die Hand nimmt.



THOMAS KUTSCHATY

Fraktionsvorsitzender

„Nur wer das Problem Armut an der Wurzel bekämpft, ist langfristig erfolgreich.“

Weitere Infos unter:

www.spd-fraktion-nrw.de